

Aserbaidshjan: Verbrechen im Namen der «Ehre»

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 8. April 2022

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT

© 2022 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Fragestellung	4
2	Verbrechen im Namen der «Ehre»	4
3	Gesetzliche Lage.....	6
4	Umsetzung des Gesetzes und Schutz durch Behörden.....	7
5	Schutzsuche an einem anderen Ort in Aserbaidschan.....	10
6	Quellen	11

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Fragestellung

Situation: Eine Frau hat ein uneheliches Kind und wird deswegen vom geschiedenen Ex-Ehemann und von der eigenen Familie mit «Ehrenmord» bedroht.

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Sind Verbrechen (Morde) im Namen der «Ehre» gegen Frauen in Aserbaidschan verbreitet?
2. Kann eine Frau und ein uneheliches Kind durch staatliche Behörden vor einem Mord im Namen der Ehre geschützt werden?
3. Gibt es Gesetzesbestimmungen, die Frauen und (uneheliche) Kinder schützen? Wie sieht es mit deren Durchsetzung aus?
4. Kann die Frau vor ihrer Familie und ihrem Ex-Mann an einen anderen Ort in Aserbaidschan fliehen und dort Schutz suchen?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Aserbaidschan seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expert*innen und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Verbrechen im Namen der «Ehre»

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen weit verbreitet. Niedrige Meldequote. Laut *Institute for War and Peace Reporting* (IWPR, 2021) warnen Aktivist*innen in Aserbaidschan davor, dass die Gewalt gegen Frauen zunehme. *Human Rights Watch* (HRW, 2022) weist darauf hin, dass geschlechtsspezifische Gewalt weit verbreitet sei und zu selten gemeldet werde. Einschränkungen im Zusammenhang mit Covid-19 hätten im Jahr 2021 zusätzlich zu einem Anstieg der häuslichen Gewalt geführt, und die Leitenden von Unterkünften berichteten von einem Anstieg der Zahl der Frauen, die Schutz suchen (HRW, 2022). *Amnesty International* (AI, 2022) berichtet, dass das *UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights* (CESCR) sich im November 2021 über die hohe Zahl geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und die sehr niedrige Meldequote besorgt zeigte. Auch das *Netherlands Ministry of Foreign Affairs* (2021) berichtete, dass häusliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Aserbaidschan weit verbreitet sei. Laut Taliya Ibrahimova vom staatlichen Komitee für Frauenangelegenheiten rufen viele betroffene Frauen die Polizei nicht an, weil sie Angst vor Vergeltung durch Familienmitglieder hätten (France 24, 2021).

Hohe Zahl von Femiziden durch Partner oder Verwandte. Dunkelziffer. HRW (2022) berichtet von einer «zunehmenden Krise» von Ermordungen von Frauen durch ihre Partner oder Verwandten. Allein im Juli 2021 berichteten demnach Journalist*innen, dass fünf Frauen von ihren Partnern ermordet wurden. Im August 2021 veröffentlichte die aserbaidschanische Generalstaatsanwaltschaft Daten, aus denen hervorging, dass in der ersten Jahreshälfte 2021

1 www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslanderberichte.

in Aserbaidschan 33 Frauen ermordet wurden. Frauenrechtsforschende erklärten, dass die meisten von ihren Ehemännern, Partnern oder Familienmitgliedern getötet wurden (HRW, 2022). *France 24* berichtete von einer noch höheren Zahl: Nach Auskunft des Büros des aserbaidschanischen Generalstaatsanwalts seien in den ersten acht Monaten des Jahres 2021 48 Frauen und im Jahr 2020 71 Frauen von ihren Ehemännern oder männlichen Verwandten getötet worden (*France 24*, 2021). Laut Nergiz Mukhtarova, einer aserbaidschanischen Forscherin auf dem Gebiet der häuslichen Gewalt, habe die Zahl der Frauenmorde in Aserbaidschan in den letzten Jahren zugenommen (IWPR, 2021). Nach Angaben des Staatlichen Komitee für Statistik wurden im Jahr 2020 1260 Fälle von häuslicher Gewalt registriert, bei denen 59 Menschen getötet wurden, darunter 41 Frauen (Netherlands Ministry of Foreign Affairs, 2021). Die renommierte aserbaidschanische Journalistin und Aktivistin Arzu Geybullayeva (2019) wies in einem Artikel auf die hohe Zahl von Femiziden im Jahr 2019 hin. Es fehlten verlässliche Daten, da viele Fälle von Gewalt gegen Frauen nicht gemeldet würden (Geybullayeva, 2019). Expert*innen zufolge zeigen die offiziellen Zahlen nur die Spitze des Eisbergs, da Frauen und Mädchen im Allgemeinen zögern, Gewalt anzuzeigen oder Hilfe zu suchen (Netherlands Ministry of Foreign Affairs, 2021).

Morde im Namen der «Ehre» geschehen in Aserbaidschan weiterhin. Nach Angaben von Gulnaz Alasgarova, Lecturer at the UNESCO Chair on Human Rights and Information Law an der Baku State University, sind Verbrechen im Namen der «Ehre» in dieser Region weit verbreitet, und Aserbaidschan sei keine Ausnahme diesbezüglich (Alasgarova, 2019). Laut Kontaktperson A² gibt es in Aserbaidschan keine gesonderten Daten über «Ehrenmorde», weswegen eine Aussage über die Dynamik in diesem Bereich nicht möglich sei. Ausgehend von Informationen, die auf Plattformen der sozialen Medien oder in den Massenmedien kursieren, gab Kontaktperson A an, dass «Ehrenmorde» nicht so weit verbreitet wie in anderen Gesellschaften zu sein scheinen. Jedoch wies sie darauf hin, dass häusliche Gewalt in Aserbaidschan existiere, die zu körperlichen Verletzungen oder sogar zum Tod führe. Die Gründe für dieses gewalttätige Verhalten können vielfältig sein und nach Ansicht von Kontaktperson A spiele die «Familienehre» bei dieser Gewalt eine Rolle (E-Mail-Auskunft von Kontaktperson A vom 8. April 2022). Ein Artikel von *JAM News* (2016) erwähnt Beispiele von Morden an Frauen aus Gründen der verletzten «Ehre», die in den letzten Jahren verübt wurden. BBC (2012) wies schliesslich in einem Artikel darauf hin, dass in Aserbaidschan weiterhin Morde im Namen der «Ehre» verübt werden.

Traditionelle Ansichten in Gesellschaft und Politik fördern Verbrechen im Namen der «Ehre». *JAM News* (2016) nennt als Grund für die verschärfte Problematik der Morde gegen Frauen in Aserbaidschan das Abgleiten der Gesellschaft in ein «traditionelles Denken» mit strengen Tabus und einer Doppelmoral. Ein Sohn, der seine Mutter tötete, weil sie sich nach dem Tod des Vaters mit einem anderen Mann trifft, oder ein Vater, der seine Tochter tötete, weil sie die Nacht nicht zu Hause verbringe entsprechen durchaus diesen Normen. Es gibt laut *JAM News* (2016) sogar einige Medien, die Artikel über solche Mörder in einem wohlwollenden Ton veröffentlichen würden. Die Anwältin Zibeyda Sadikova wird von *France 24* (2021) zitiert, dass die meisten Menschen in der Gesellschaft denken würden, dass eine Frau zu Hause eingesperrt werden muss und ihr Mann das Recht habe, sie zu schlagen. Laut Geybullayeva (2019) hätten die Erkenntnisse der UN-Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen von ihrer Mission in Aserbaidschan im Jahr 2013 weiterhin Gültigkeit: Die Gewalt gegen Frauen

² Kontaktperson A ist vor Ort als Anwaltperson tätig und hat zu häuslicher Gewalt akademisch geforscht.

werde so laut UN-Sonderberichterstatterin «durch das Fortbestehen patriarchalischer sozialer Normen, tief verwurzelter Geschlechterstereotypen und falscher Vorstellungen sowie durch für Frauen gefährliche Bräuche untermauert». Nach Angaben von *Geybullah* fehle in einer Mehrheit der Gesellschaft in Aserbaidschan das grundlegende Verständnis dafür, dass Gewalt gegen Frauen inakzeptabel sei. Die tiefgreifenden gesellschaftlichen Normen seien nicht nur in der Logik der Bevölkerung verankert, sondern auch bei den Gesetzgebenden im Parlament in Aserbaidschan (*Geybullah*, 2019). Nach Angaben der bekannten aserbaidischen Frauenrechtsaktivistin Gulnara Mehdiyeva sei Femizid ein politisches Thema in Aserbaidschan, da die Lösung des Problems politischen Willen erfordere (*France 24*, 2021).

Täter geniessen in Haft «hohes Ansehen» für ihre Tat. Täter von Verbrechen der «Ehre», die bestraft werden, würden in den Gefängnissen als Mörder mit «hohem Ansehen» leben. So werden beispielsweise die «Ehrenhäftlinge», die ihre Frauen wegen Ehebruchs getötet haben, im Gefängnis besonders «hochgeachtet» (*JAM News*, 2016).

Druck gegen Aktivist*innen, die auf Gewalt aufmerksam machen. Aktivist*innen, die auf die Gewalt gegen Frauen aufmerksam machen, werden von konservativen Gruppen unter Druck gesetzt. Die Frauenrechtsaktivistin Gulnara Mehdiyeva gab an, dass eine regierungsnah Website Aufzeichnungen ihrer Gespräche mit einer Freundin veröffentlicht habe, um sie als «Hure darzustellen und sie zu beschämen». In der Gesellschaft herrsche eine negative Einstellung vor, die Frauenrechtsaktivist*innen beschuldige, die Familienwerte zu untergraben (*France 24*, 2021).

Keine Unterzeichnung der Istanbul Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. AI (2022) weist darauf hin, dass die Behörden trotz anhaltender Forderungen lokaler Frauengruppen keine Fortschritte bei der Unterzeichnung oder Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention) machten. Dagegen sei der Rückzug der benachbarten Türkei aus dem Vertrag sogar von regierungsfreundlichen Medien begrüsst worden (AI, 2022). Nach Angaben der auf häusliche Gewalt spezialisierten Anwältin Zibeyde Zekeriye habe die Regierung kein Interesse daran, die Konvention zu verabschieden (IWPR, 2021).

Gesellschaftliche Einstellungen zu ausserehelichen Kind kann sich je nach Region unterscheiden. Ein Kind aus einer ausserehelichen Beziehung zu bekommen, werde nach Einschätzung von *Kontaktperson A* mittlerweile immer mehr als normal angesehen, und die Gesellschaft im Allgemeinen «habe sich daran gewöhnt». Darüber hinaus seien in ländlichen Gebieten religiöse Ehen, die nach nationalem Recht nicht als offizielle Ehen gelten, recht weit verbreitet. *Kontaktperson A* betonte aber, dass die Einstellung zu ausserehelichen Beziehungen von Region zu Region unterschiedlich sei. Die Bewohner*innen von Baku und anderen Grossstädten seien so nach Ansicht von *Kontaktperson A* wohl tendenziell toleranter gegenüber einem Kind aus einer ausserehelichen Beziehung (E-Mail-Auskunft von *Kontaktperson A* vom 8. April 2022).

3 Gesetzliche Lage

Gesetz zu häuslicher Gewalt. Laut *US Department of State* (USDOS, 2021) schafft das Gesetz einen Rahmen für die Untersuchung von Beschwerden über häusliche Gewalt, legt ein

Verfahren für den Erlass von Schutzanordnungen fest und fordert die Einrichtung eines Schutz- und Rehabilitationszentrums für Überlebende (USDOS, 2021). Nach Angaben von *Kontaktperson A* unterscheide die Gesetzgebung dabei nicht nach dem ehelichen oder unehelichen Status der Kinder. Allen sollte der gleiche Schutz gewährt werden (E-Mail-Auskunft von *Kontaktperson A* vom 8. April 2022).

Gesetz zu häuslicher Gewalt weist Mängel auf. Nach Angaben von *Geybulla* zeigt das im Jahr 2010 verabschiedete Gesetz über häusliche Gewalt in der Realität zahlreiche Mängel. Unter anderem stelle das Gesetz häusliche Gewalt nicht unter Strafe, solange ein Opfer oder ein Verwandter oder gesetzlicher Vertreter eines Opfers keine Anzeige erstatte. Wenn dies nicht geschehe, gelte häusliche Gewalt nicht als Gesetzesverstoss (*Geybulla*, 2019).

Gesetz zu häuslicher Gewalt enthält relevante Lücken beim Schutz möglicher Opfer von Verbrechen im Namen der «Ehre». *Alasgarova* (2019) weist in einer Analyse des Gesetzes zur häuslichen Gewalt darauf hin, dass dieses unter anderem beim Schutz vor Verbrechen im Namen der «Ehre» Lücken aufweise. Die Liste der durch das Gesetz geschützten Personen sei so zu wenig umfassend. So gelte das Gesetz zu häuslicher Gewalt für enge Familienangehörige, andere Verwandte, die zusammenleben, ehemalige Ehepartner, die zusammen oder nach einer Scheidung getrennt leben, sowie für Männer und Frauen, die als Eheleute ausserhalb der offiziellen Ehe leben, und andere Verwandte, die mit ihnen zusammenleben. Der Wunsch, in das Privatleben einer weiblichen Verwandten einzugreifen und sie für den «Verlust der Ehre» zu bestrafen, sei jedoch nicht nur bei engen Familienmitgliedern, sondern auch bei anderen Verwandten, die nicht unter einem Dach leben, vorhanden. So könne beispielsweise ein so genannter «obszöner» Lebensstil einer Frau oder ein «westliches» Verhalten den Grund für aktive Massnahmen beispielsweise seitens ihrer Cousins darstellen, und ein solcher Täter kann von der Familie des Opfers selbst die Erlaubnis erhalten, im Namen der Familie zu handeln. Die potenziellen Opfer von Verbrechen im Namen der «Ehre» befinden sich jedoch ausserhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes. Potenzielle Täter wie Cousins und Cousinen seien daher keine nahen Verwandten im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen. Angesichts der Tatsache, dass diese Personen nicht als nahe Verwandte eingestuft werden, entspreche die im Gesetz enthaltene Definition «andere Verwandte im Falle des Zusammenlebens» nicht den realen Gegebenheiten. Offensichtlich sei das Zusammenleben laut *Alasgarova* keine unabdingbare Voraussetzung für die Begehung einer solchen Straftat (*Alasgarova*, 2019). *Kontaktperson A* bestätigte gegenüber der SFH, dass Opfer nicht vor Straftaten von Verwandten geschützt seien, die nicht unter demselben Dach leben. Handele es sich bei dem Täter jedoch um den Ex-Ehemann, sei diese Bedingung nicht erforderlich (E-Mail-Auskunft von *Kontaktperson A* vom 8. April 2022).

Mord kann mit bis zu 20 Jahren Haft bestraft werden. *JAM News* (2016) berichtet, dass das Strafgesetzbuch für einen Mord 17 bis 20 Jahre Haft vorsehe.

4 Umsetzung des Gesetzes und Schutz durch Behörden

Gesetz gegen häusliche Gewalt wird ungenügend umgesetzt. *Geybulla* (2019) weist auf die Erkenntnisse des UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) aus dem Jahr 2015 hin. Demnach werde das Gesetz zur Verhütung häuslicher Gewalt

in Aserbaidzhan nicht ordnungsgemäss umgesetzt. Auch *Geybulla* selber sieht in der Realität wenig Wirkung durch dieses Gesetz (*Geybulla*, 2019). Laut USDOS (2021) behaupten Kritiker*innen des Gesetzes über häusliche Gewalt, dass das Fehlen klarer Durchführungsrichtlinien die Wirksamkeit des Gesetzes beeinträchtigt.

Ungenügender Schutz durch Behörden. Gemäss IWPR (2021) versäume es die Regierung, Massnahmen gegen die Gewalt gegen Frauen zu ergreifen oder Überlebenden von Gewalt ausreichend Unterstützung zu gewähren. Laut der Forscherin Nergiz Mukhtarova seien die staatlichen Behörden gegenüber den Betroffenen gleichgültig. Zibeyde Zekeriye, eine Anwältin, die in Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der Ermordung oder dem Missbrauch von Frauen tätig ist, gab an, dass es keine funktionierenden Schutzmechanismen für die Opfer häuslicher Gewalt gebe (IWPR, 2021).

Ungenügende Reaktion der Polizei. HRW (2022) weist darauf hin, dass die Opfer oft nicht vor der Gewalt fliehen können, weil die Polizei nicht angemessen reagiert. Die offiziellen Massnahmen wiesen weiterhin gravierende Lücken auf, unter anderem mangelnder Schutz und fehlende Rechtsmittel für Überlebende. Frauenrechtsaktivistinnen berichteten, dass die Polizei Meldungen über häusliche Gewalt nicht registrierte oder nicht darauf reagierte (HRW, 2022). Laut der Anwältin Zibeyda Sadikova nehme die Polizei Frauen, die häusliche Gewalt anzeigen, «nicht ernst», sondern «beschimpfe sie und setze sie unter psychischen Druck» (France 24, 2021). In der Praxis neigen Polizei und lokale Vollzugsbehörden, die sich mit Beschwerden über häusliche Gewalt befassen, dazu, die Opfer häuslicher Gewalt mit den Tätern zu versöhnen, unter dem Vorwand, die Familie zu schützen (Netherlands Ministry of Foreign Affairs, 2021; France 24, 2021). Aktivist*innen berichteten laut USDOS (2021), dass die Polizei häusliche Gewalt nach wie vor als Familienangelegenheit betrachtete und nicht wirksam zum Schutz der Opfer eingriff, auch nicht in Fällen, in denen Ehemänner ihre Ehefrauen schliesslich töteten. IWPR (2021) berichtete so über die beispielhafte Ermordung der 23-jährigen Sevindj Meherremova durch ihren Ehemann Fuzuli Garayev am 3. August 2021. Die Polizeibeamten hatten die Betroffene trotz massiver erlebter Gewalt aufgefordert, die Schutzunterkunft zu verlassen und nach Hause zurückzugehen. Anstatt ihren Mann zu verhaften, versuchten sie, die beiden zu versöhnen. In der Folge wurde die Betroffene durch ihren Ehemann ermordet (IWPR, 2021). *Kontaktperson A* geht davon aus, dass die Reaktion der Polizei sich je nach Region unterscheiden würde. In ländlichen Gebieten sei die Polizei «zurückhaltender» in solchen Fällen, während in Baku und anderen Grossstädten die Bestimmungen des Gesetzes vermutlich wirksamer umgesetzt würden (E-Mail-Auskunft von *Kontaktperson A* vom 8. April 2022).

Kritik an ungenügenden Ermittlungen bei Femiziden. *JAM News* (2016) berichtet, dass Polizeiermittlungen bei Femiziden oft «schlampig» durchgeführt werden. Angehörige fürchten laut desselben Artikels, dass solche Mordfälle nicht richtig aufgeklärt werden (*JAM News*, 2016). *France 24* (2021) berichtet beispielhaft von einem Fall, bei welchem die Ermordung der achtjährigen Tochter in einem Fall von häuslicher Gewalt von den Behörden als Suizid gewertet wurde.

Schutzanordnungen werden nur selten zum Schutz der Opfer erlassen. Von Gewalt betroffene Frauen, die sich an die Behörden wenden, erhalten laut Nergiz Mukhtarova weder eine Schutzanordnung für einen langen Zeitraum, noch würden gewalttätige Sexualstraftäter bestraft. Die Massnahmen würden stattdessen nie über eine Verwarnung hinausgehen

(IWPR, 2021). Opfer von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, einschliesslich häuslicher Gewalt, können zwar laut *Netherlands Ministry of Foreign Affairs* (2021) eine mündliche oder schriftliche Anzeige bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft erstatten. Die Polizei habe die Möglichkeit, eine Warnung an den Täter auszusprechen, damit dieser Gewalt in Zukunft zu unterlassen, einschliesslich des Erlasses einer kurzfristigen Schutzanordnung von bis zu 30 Tagen, möglicherweise gefolgt von einer anschliessenden langfristigen Schutzanordnung von 30 bis 180 Tagen. Eine kurzfristige Schutzanordnung verbietet es dem Täter, das Opfer und seine Kinder aufzusuchen (*Netherlands Ministry of Foreign Affairs*, 2021). Nach Angaben von *Kontaktperson A* kann eine langfristige Schutzanordnung beantragt werden, wenn gegen die kurzfristige Schutzanordnung verstossen wird (E-Mail-Auskunft von *Kontaktperson A* vom 8. April 2022). Eine langfristige Schutzanordnung wird von einem Gericht erlassen und kann auch Regeln für den Umgang mit den Kindern und die Nutzung der gemeinsamen Wohnung enthalten. In der Praxis sind Schutzanordnungen jedoch relativ selten. Im Jahr 2020 wurden 38 kurzfristige und zwei langfristige Schutzanordnungen erlassen. Im ersten Quartal 2021 beantragten 26 Personen eine Schutzanordnung. In 14 Fällen wurde anschliessend eine Schutzanordnung erlassen (*Netherlands Ministry of Foreign Affairs*, 2021).

Kein wirksamer Schutz durch Schutzanordnung. Verschiedenen Quellen zufolge sind diese Schutzmassnahmen für von Gewalt Betroffene nicht sehr wirksam, weil die Behörden ihnen wenig Priorität einräumen. Zum Beispiel fällen die Behörden manchmal erst nach 15 bis 30 Tagen eine Entscheidung über einen Antrag auf eine Schutzanordnung, anstatt innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 24 Stunden (*Netherlands Ministry of Foreign Affairs*, 2021). Auch *Kontaktperson A* wies darauf hin, dass es in der Praxis einige Hindernisse bei der rechtzeitigen Erteilung einer kurzfristigen Schutzanordnung geben kann (E-Mail-Auskunft von *Kontaktperson A* vom 8. April 2022). Ausserdem stellen die Behörden nicht genügend Kapazitäten, um wirksame Ermittlungen durchzuführen und um sicherzustellen, dass Schutzanordnungen ordnungsgemäss befolgt werden (*Netherlands Ministry of Foreign Affairs*, 2021).

Ungenügender Zugang zu Schutzunterkünften für von Gewalt Betroffene. *Kontaktperson A* geht davon aus, dass die Polizei der Betroffenen aufgrund des Mangels an Unterkünften wohl keinen Platz in einer Schutzunterkunft anbieten werde (E-Mail-Auskunft von *Kontaktperson A* vom 8. April 2022). AI (2022) berichtet, dass es nur eine begrenzte Verfügbarkeit von Unterkünften und Hilfsdiensten für Überlebende von geschlechtsspezifischer Gewalt gibt. Gemäss HRW (2022) mangelt es an Unterkünften und der Zugang zu den wenigen verfügbaren Unterkünften ist mit erheblichen Hindernissen verbunden. Laut *Netherlands Ministry of Foreign Affairs* (2021) gibt es keine staatlich finanzierte Unterkunft für Opfer von häuslicher Gewalt. Das einzige von der Regierung betriebene Heim ist für die Opfer des Menschenhandels bestimmt (Geybulla, 2019). Das Staatliche Komitee für Familien-, Frauen- und Kinderangelegenheiten verfügt laut *Netherlands Ministry of Foreign Affairs* nicht über ausreichende Mittel zur Finanzierung von Unterkünften und beschränkt sich daher weitgehend auf Sensibilisierungskampagnen. Allerdings erhielten einige lokale NGOs einen kleinen Zuschuss von der Regierung. Hilfesuchende Frauen würden so häufig an diese NGOs verwiesen (*Netherlands Ministry of Foreign Affairs*, 2021). Laut Geybulla (2019) unterstützen die NGOs zehn Unterkünfte mit Schutzräumen für Opfer. USDOS (2021) berichtet dagegen nur von einer einzigen durch eine NGO betriebenen Unterkunft. Die NGOs verfügen laut *Netherlands Ministry of Foreign Affairs* (2021) nur über eine geringe Anzahl von Aufnahmeplätzen und begrenzte finanzielle Mittel. Die NGO Clean World zum Beispiel betreibe ein Frauenhaus in Baku, das

nicht mehr als 20 Frauen gleichzeitig aufnehmen kann. In ländlichen Gebieten gebe es nicht genügend Notunterkünfte für Opfer häuslicher Gewalt. Ausserdem würden diese Unterkünfte meist für Opfer von Menschenhandel genutzt. Es gebe zwar auch lokale NGOs und feministische Gruppen, die sich für die Rechte der Frauen einsetzen, aber auch sie erhalten nur begrenzte Unterstützung. Aufgrund der restriktiven Gesetzgebung für NGOs haben diese Organisationen zudem keinen Zugang zu ausländischen Geldern (Netherlands Ministry of Foreign Affairs, 2021).

Hotline für Beratung ist nicht immer erreichbar. Am 1. Dezember 2020 richtete das Staatliche Komitee für Familien-, Frauen- und Kinderangelegenheiten (SCFWCA) in Zusammenarbeit mit dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) eine direkte telefonische Beratungsstelle für Opfer häuslicher Gewalt ein. Einer Quelle zufolge war diese Beratungsstelle jedoch laut *Netherlands Ministry of Foreign Affairs* (2021) nicht immer erreichbar. Als Alternative können Opfer häuslicher Gewalt die allgemeine Nummer des SCFWCA anrufen.

Kostenloser Rechtsbeistand vertritt Opfer nicht vor Gericht. Wenn die Opfer von häuslicher Gewalt kostenlose rechtliche und psychologische Unterstützung in Anspruch nehmen wollen, können sie laut *Netherlands Ministry of Foreign Affairs* (2021) einen schriftlichen Antrag beim SCFWCA stellen. Die Bearbeitung dieses Antrags durch die SCFWCA dauert sieben bis zehn Tage. Im Falle von rechtlicher Unterstützung wenden sich die Mitarbeitenden des SCFWCA an die aserbaidische Anwaltskammer. Die Anwält*innen dieser Organisation bieten kostenlose Rechtsberatung an und helfen den Opfern unter anderem bei der Vorbereitung von Dokumenten und dem Verfassen von Beschwerdebriefen. Diese Anwält*innen werden die Opfer jedoch nicht vor Gericht vertreten, da dies nicht kostenlos ist (Netherlands Ministry of Foreign Affairs, 2021).

5 Schutzsuche an einem anderen Ort in Aserbaidshan

Mangel an Unterkünften, finanzielle Hindernisse bei einem Umzug an einen anderen Ort. Nach Angaben von *Kontaktperson A* sei bei dieser Frage zu beachten, dass es in Aserbaidshan an Schutzunterkünften mangelt. Dies bedeute, dass die Unterbringungseinrichtungen und NGOs nicht allen Opfer, die um Schutz bitten, Platz bieten können. Wenn die Betroffene jedoch in einer anderen Region Aserbaidshans wohne, könne sie auf eigene Faust nach Baku zu ziehen versuchen. Nach Einschätzung von *Kontaktperson A* sei aber zu befürchten, dass dabei ungenügende finanzielle Mittel ein Problem sein könnten (E-Mail-Auskunft von *Kontaktperson A* vom 8. April 2022). Nach Angaben der *International Organization for Migration* (IOM, 2021) betragen die durchschnittlichen Mietkosten in Baku im Jahr 2021 für eine Wohnung mit einem Schlafzimmer im Stadtzentrum rund 300 bis 350 Euro und ausserhalb des Zentrums rund 150 bis 200 Euro. Für eine Wohnung mit drei Schlafzimmern seien im Stadtzentrum mit 600-650 Euro und ausserhalb des Zentrums mit 300 bis 350 Euro zu rechnen (IOM, 2021). Laut Mehriban Zeynalova, einer Initiatorin der Kampagne und Vorsitzende der öffentlichen Frauenhilfsorganisation «Clean World» mache unter anderem die wirtschaftliche Abhängigkeit die aserbaidischen Frauen vulnerabler gegenüber Verbrechen der «häuslichen Gewalt» (JAM News, 2016).

6 Quellen

Alasgarova, 2019:

*«According to the Law, domestic violence is a deliberate infliction of physical and moral damage by persons to others, envisaged under this law, caused by the abuse of close relatives, or current or past cohabitants. Thus, the Law categorizes a much broader range of people under the term “domestic.” **The Law is applicable to women and men living both in an official marriage and without official registration. Thus, it protects both current and ex-partners regardless of official wedlock.** (...)*

*The list of people protected by the Law is enshrined in Article 4. **The Law applies to close family members; other relatives living together; ex-spouses living together or separately after divorce; and men and women living as husband and wife out of official wedlock and other relatives living with them.** However, the range of relatives cohabitating is wider, particularly in rural areas. Close relatives are husbands, wives, parents, children, grandparents, grandchildren, siblings, step- brothers and sisters, adopted children, and other relatives if living together. **Nevertheless, the desire to intervene in the private life of a female relative and punishing her for “losing honor” are inherent not only to close family members, but also to other relatives not living under one roof. For example, a so-called “obscene” lifestyle of a woman or acting “Western” can lay the ground for active measures to be taken by her cousins, and such a perpetrator may be given permission to act on behalf of the family by the victim’s family itself. Unfortunately, honor crimes are widespread in this region, and Azerbaijan is not an exception. Nevertheless, the potential victims of honor crimes are beyond the reach of the Law. Hence, potential perpetrators, such as cousins, are not close relatives in accordance with the legal provisions. Given the fact that those persons are not classified as close relatives, the definition “other relatives in case of cohabitation” included in Article 4.0.1. does not reflect present-day realities. Obviously, cohabitation is not a vital condition for an offense to happen. Therefore, the abolition of Article 4.0.1. would be preferable.»** Quelle: Gulnaz Alasgarova, Challenges in the Protection of Domestic Violence Victims in Azerbaijan: An Overview of the National Legislation in Light of the 2011 CoE Istanbul Convention, in: Teisé, 1120, September 2019, S. 249-250: <https://doi.org/10.15388/Teise.2019.112.15%0D>.*

AI, 2022:

«Women’s rights activists, women journalists and women associated with the political opposition were blackmailed and subjected to degrading gender-specific smear campaigns after their social media accounts were hacked and private information including photos and videos were published online.²

In November, the CESCR raised concerns about the high incidence of gender-based violence against women and the very low rate of reporting, particularly of domestic violence, and the limited availability of shelters and support services for survivors. Despite continuing demands by local women’s groups the authorities made no progress in signing or ratifying the Council of Europe Convention on preventing and combating

violence against women and domestic violence (Istanbul Convention), while the welcome given by pro-government media to neighbouring Turkey's withdrawal from the treaty undermined the process further.»

Quelle: Amnesty International, Amnesty International Report 2021/22; The State of the World's Human Rights; Azerbaijan 2021, 29. März 2022: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2070289.html>.

BBC, 2012:

« It started with a letter and some photos. The photographs showed journalist Khadija Ismayilova having sex with her boyfriend - they were taken with a hidden camera installed in her bedroom without her knowledge.

And the letter ordered her to stop investigating alleged government corruption. Otherwise, it said, she would be publicly shamed.

Ms Ismayilova, one of Azerbaijan's most respected investigative journalists, refused to give in to the blackmail.

This was a brave decision in a conservative, mainly Muslim country where, although the state is secular, honour killings still take place.»

Quelle: BBC, Eurovision puts spotlight on Azerbaijan human rights, 23. März 2012: <https://www.bbc.com/news/world-europe-17479011>.

France 24, 2021:

«Dilara Bagiyeva's face grew pale as she recounted how, after suffering abuse from her husband for a decade, he turned on their eight-year-old daughter in a drunken fit last year. That evening in November, he returned home intoxicated to their 13th-floor apartment in Azerbaijan's capital Baku, beating Bagiyeva first in the bedroom, then the hallway and finally the kitchen, where he tried to throw her from the balcony. Before the 41-year-old English teacher lost consciousness, she remembered her daughter Farah pleading: "Daddy, don't hit my mom." When she came to, Farah was nowhere to be seen. Police who arrived at the scene shortly after refused to let Bagiyeva see the body. "He dragged me out onto the balcony that night to throw me off. Instead, he threw my baby out the window," Bagiyeva said. "She was my everything," she added, looking at a picture of her daughter on her phone.

*Bagiyeva is among thousands of women subjected to domestic violence in Azerbaijan, **where activists are sounding the alarm over femicide despite considerable barriers in the conservative Caspian Sea country.***

Seventy-one women were killed in the ex-Soviet republic by husbands or male relatives last year and 48 more in the first eight months of 2021, the office of Azerbaijan's prosecutor general told AFP in an email.

(...) "Many women don't phone the police for fear of retribution from family members," said Taliya Ibrahimova of the state committee for women's affairs.

The government last year adopted a four-year action plan to combat domestic violence that included setting up a hotline and a state-run shelter for victims.

Ibrahimova said a 2010 law to tackle domestic violence was being updated, and the violation would soon become a separate category of offence in the penal code. But activists say the

measures are not enough, and accuse the authoritarian government of President Ilham Aliyev of failing to protect women.

"Femicide is a political issue because tackling the problem requires political will," said **Gulnara Mehdiyeva, a prominent women's rights activist**. She described Azerbaijan's political system as "despotic", and said the authorities "don't want citizens to know their rights". **Mehdiyeva said activists had come under pressure from conservative groups since March 8 last year, when they held their first rally to raise awareness of violence against women**. She said a pro-government website had even leaked recordings of her conversations with a friend "to portray me as a whore and to shame me". **There is a prevalent "negative attitude in society that accuses us of eroding family values", Mehdiyeva said.**

(...) **Lawyer Zibeyda Sadikova said police "don't take seriously" women who report domestic abuse, but instead "shame and subject them to psychological pressure". "Many women I try to convince to report (abuse) to the police say they already did, and the police told them to reconcile with their husbands, who have since continued beating them," she said.**

"Most people in society think a woman must be locked up at home and her husband has the right to beat her." She said the flawed implementation of government policies and gaps in legislation added to the problem. "The government must fill such legal gaps, initiate an awareness-raising campaign, and ensure women's access to psychological and judicial assistance," she said.

Bagiyeva said her husband was at first only charged for beating her and not for murdering her child, whose death was ruled a suicide. But she said a murder probe was now underway, and she had appealed to the prosecutor general and even to strongman Aliyev for justice.»

Quelle: France 24, Azerbaijan activists sound alarm over wave of killings of women, 10. November 2021: www.france24.com/en/live-news/20211110-azerbaijan-activists-sound-alarm-over-wave-of-killings-of-women.

Geybulla, 2019:

«After a spate of recent killings of women by their spouses and ex-spouses, women in Azerbaijan are increasingly demanding change. But legislation alone is not enough; to tackle the scourge of domestic violence we need to go to the root of the problem — the societal norms underpinning the violence.

On 7 October, Leyla Abdullayeva, a mother of three, was stabbed twenty times by her husband outside a subway station in downtown Baku.

The next day, Natavan Mustafayeva, a single mother of four was attacked by her ex-husband while on her way to work. After stabbing his victim from behind, the perpetrator attempted to slit her throat.

The following day, news of two more victims made headlines: Aynura Abdullayeva died in hospital after being beaten by her husband and Javahir Akbarova died after receiving a heavy blow to her head (initial reports said the victim was stabbed to death).

A total of 12 cases of women being subjected to various forms of violence were reported in the first week of October alone — four were fatal.

But these are only the stories that are reported; hundreds of cases go unnoticed because, in Azerbaijan, violence against women remains a deeply rooted societal norm not to be taken outside of the family.

A number of legal measures put in place over the years have failed to alleviate the problem because they have failed to address the source of the problem — the attitudes towards women and violence that are a part of Azerbaijani society itself.

(...)

According to disturbing numbers collected by Mikroskop, between January-September 2019, there were 118 cases of domestic violence, 33 of which were fatal.

According to the Azerbaijan State Statistics Committee, 915 women fell victim to domestic violence in 2018, 42 fatally.

Whether these numbers reflect reality is hard to say. Acquiring accurate data is difficult as in the majority of cases, women don't seek help. This is not because they don't want to, but because this is part of the culture.

In a recent interview with Mikroskop media, a representative of the Azerbaijan State Committee for Family, Women, and Children's Issues said the committee receives somewhere between 800–850 cases on average per year.

They said that although they have been working on the issue over the years with several government institutions, including the ministries of Internal Affairs and Labor and Social Protection, they are yet to attain sustainable and effective results.

One positive outcome, however, has been state financial support for local non-governmental organisations providing shelters for victims and setting up hotlines. At the moment these organisations support ten such shelters. The only government-operated shelter is for victims of trafficking.

Legal framework

The first national survey on domestic violence against women was undertaken in 2008 by the government and the United Nations Population Fund. It took authorities three years to publish the results.

In the meantime, parliament passed a bill on Domestic Violence, in 2010. But while the law was finally adopted, in reality, it had a little impact not to mention several shortcomings.

The law did not criminalise domestic violence; unless a victim or a relative or legal representative of a victim submits a complaint, domestic violence is not considered a violation of the law.

In 2013, the UN Special Rapporteur on violence against women undertook a mission to Azerbaijan. Much of the concerns voiced today were also noted in the rapporteur's report.

She concluded that violence against women was 'underpinned by the persistence of patriarchal social norms, deeply rooted gender stereotypes and misconceptions, as well as customary practices that are harmful to women.'

Two years later, in its concluding observations, the UN Committee on the Elimination of Discrimination Against Women (CEDAW) also expressed concerns.

They said that the law on prevention of domestic violence was not being properly implemented; there was a lack of systematic data collection on domestic violence; a lack of support mechanisms and centres for victims; and also criticised the delay in Azerbaijan's ratification of the Istanbul Convention.

So if the Istanbul convention has been on the discussion table since 2015, why did it take the government four years to finally submit a proposal package to parliament, the details of which are yet to be shared with the public? A lack of interest, a lack of will, or a lack of support?

*Given the work of the State Committee for Family, Women and Children Affairs over the years, it is likely to be all of the above. **Deep societal norms are not just embedded within the logic of the population, but also among lawmakers in Azerbaijan.***

Already in 2009, when legislation against domestic violence was introduced, some members of parliament refused to come to terms with the fact that such a thing existed. At least two of the MPs who said this are still in parliament; both are over the age of 70.

The problem is the bigger picture — today, in Azerbaijan, a majority in society lack the basic understanding that violence against women is unacceptable. Unless preventive measures and educational mechanisms are implemented in a more aggressive, systematic way, even the signing of the Istanbul Convention will not change anything.

At the end of the day, it comes down to a willingness to work hard and change mindsets. And this is not something the Azerbaijani government seems willing to do.»

Quelle: Arzu Geybulla, Opinion, The killing of women in Azerbaijan is a product of our society; in: OC Media, 4. Dezember 2019: <https://oc-media.org/opinions/opinion-the-killing-of-women-in-azerbaijan-is-a-product-of-our-society/>.

HRW, 2022:

«Gender-based violence remained pervasive but underreported. Serious gaps continued in the official response including lack of protection and recourse for survivors.

*Restrictions related to Covid-19 additionally led to a **surge in domestic violence**, and shelter managers said they saw increases in the numbers of women seeking shelter. **Womens' rights activists reported police failure to register or respond to reports of domestic violence, and significant barriers to accessing the few available shelters.***

In what appears to be a growing crisis of murders of women by their partners or relatives, victims were often unable to escape abuse due to lack of shelter space and inadequate police response. In July alone, journalists reported that five women were murdered by their partners. In August, Azerbaijan's General Prosecutor's Office released data showing that in the first half of 2021, 33 women in the country had been killed; women's rights researchers said that most were killed by their husbands, partners, or family members. The prosecutor's office publicly encouraged women to use a government hotline to report violence.

On March 8, Baku police briefly detained activists to prevent them from holding an International Women's Day march to protest gender-based violence and to call on the government to ratify the Council of Europe's Convention on the Prevention of Violence against Women and Domestic Violence.»

Quelle: Human Rights Watch (HRW), World Report 2022 - Azerbaijan, 13. Januar 2022
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2066481.html>.

IOM, 2021:

« Mietkosten:

Eigentum in Aserbaidtschan wird als primär oder sekundär klassifiziert. Primärwohnungen wurden nach 2001 gebaut, während Sekundärwohnungen während der Sowjetzeit gebaut wurden.

Die Preise für Primärwohnungen sind höher als die auf dem Sekundärwohnungsmarkt, mit Ausnahme von Sekundärwohnungen, die zentral gelegen sind und sich in fußläufiger Entfernung zu beliebten und historischen Orten befinden. Die Durchschnittspreise für Wohnungen in Baku sind wie folgt:

Mietfläche; Preisspanne

Wohnung (1 Schlafzimmer) im Stadtzentrum: 300-350 €

Apartment (1 Schlafzimmer) außerhalb des Zentrums: 150-200 €

Wohnung (3 Schlafzimmer) im Stadtzentrum: 600-650 €

Wohnung (3 Schlafzimmer) Außerhalb des Zentrums: 300-350 Euro»

Quelle: International Organization for Migration (IOM), ZIRF-Counselling, AserbaidtschanAserbaidtschan, Wohnsituation, 2. Quartal 2021: <https://files.returningfromgermany.de/files/2021-2%20Aserbaidtschan%20Wohnungssuche.pdf>.

IWPR, 2021:

«Activists in Azerbaijan warn that violence against women is rising, with the government failing to take action or provide sufficient support for survivors of abuse.

Most recently, the August 3 killing of 23-year-old Sevindj Meherremova by her husband Fuzuli Garayev sparked widespread debate on violence against women.

Meherremova's cousin Nigar Mirzeyeva said that the young woman had repeatedly reported her husband's violence to the police but no action was taken.

“Their marriage was agreed through violence and pressure,” she said. “Fuzuli Garayev manipulated an 18-year-old child. Sevinj agreed [to marry] him to save her life from her own alcoholic father. But Fuzuli was also violent with his ex-wife, who we knew and was a distant relative of ours. Sevindj was subjected to such violence even while pregnant.”

*She continued, “Once she was severely beaten and when we went to the doctor together, we learned that her third child had died in the womb. In the end, he killed Sevindj. **The state, even the police, did not protect Sevindj.**”*

According to the prosecutor’s office, 33 women were killed in the country in just the first six months of this year. Eight women were killed on July 10 alone. Campaigners argue that a lack of social and psychological support means that women often return to their abusers.

(...) “Sevindj talked to us many times because of the violence she was exposed to,” said feminist activist Gulnare Mehdiyeva. “The scars on her body were horrible. After, we took her to the shelter, we helped her find a job. But soon, her husband manipulated her through their children and took her back home.

*“When we learned that despite so many incidents, the **state refuge sent her home we were terrified.** All the effort was in vain. She had come such a long way to be saved. Sevindj told us that **the police officers at the shelter also told her to go home. Instead of arresting her husband, they tried to reconcile them. That is why we say that the killings of women are political. As a result of half-hearted policy, the number of murders of women is increasing.**”*

Nergiz Mukhtarova, a domestic violence researcher, also said that incidents of femicide had risen in Azerbaijan in recent years.

“Unfortunately, the situation is becoming a trend and there is a significant increase,” she said. “The state authorities are indifferent. Women who approach them are not provided with a protection order for a long period of time, nor are violent sex offenders punished. It never goes beyond a reprimand.”

Mukhtarova said that a national strategy was needed to deal with the situation, along with further measures including adopting the Istanbul convention, the international agreement intended to protect women against violence.

“The Istanbul convention will oblige the state to protect women,” she continued, noting that the guideline was for a country to provide one shelter for every 10,000 people. Azerbaijan has three women’s shelters run by the ministry of internal affairs, far fewer than the recommended number.

Zibeyde Zekeriye, a lawyer who has worked on court cases involving the murder or abuse of women, said that the government had no interest in adopting the convention. She argued that it should nonetheless institute its own measures.

“The main problem faced by victims of domestic violence is the lack of any protection mechanism. For example, what should a beaten woman do? She calls [an emergency number] and they come and take a statement. How will she protect herself if she stays

in the house? According to procedure, after the police report, the woman is sent for an examination, after which measures are supposed to be taken against the perpetrator - but there is no real working mechanism.”

(...) Ministry of internal affairs spokesman Elshad Hajiyev said that the government was fulfilling its obligations to protect women, and that the whole issue of abuse was being politicised by activists.

“Society is quite stable in our country and Azerbaijan has specific state programmes for these issues,” he continued. “Conflict in the family is resolved within the framework of legislative possibilities and we work together with the municipality and the executive branches.”

Hajiyev said the perception that numbers of murders of women had increased was simply because, with the advent of social media, people heard about such cases more often.»

Quelle: Institute for War and Peace Reporting (IWPR), Azerbaijan: “Half-Hearted” State Policy Blamed for Gender Violence, 2. September 2021: www.ecoi.net/de/dokument/2059533.html.

JAM News, 2016:

«“Some 5-6 months ago, I suspected that Elnara had an affair with a guy named Azer. I saw it in my dream. So, I thought that once it appeared in my dream, there certainly was something between them. Those suspicions cooled off the feelings to my wife, we started quarreling quite frequently. Then I couldn’t stand that and I killed her.

All the aforesaid is not a horror movie script, it’s a story of a murder committed in Baku’s Pirallahi settlement. Aydin Mamedov, who was under the influence of alcohol, suddenly recalled his dream and killed his wife with particular cruelty. Baku Court of Grave Crimes sentenced him to 17 years in prison. The Appeals Court upheld the ruling.

There is no drop in the ‘female homicide’ rates in Baku. On the contrary, it is growing day by day. And the reasons are getting more strange: she was unfaithful in the dream; she didn’t answer a phone call once; she wanted to visit her parents, she complained that it was cold in the house.

*(...) Mehriban Zeynalova, an initiator of the campaign and the Chair of the ‘Clean World’ Aid to Women Public Union, enlisted **the problems that make Azerbaijani women more vulnerable to ‘domestic crime’: intensification of patriarchal stereotypes, economic dependence and women’s subordinate status in the community, officials’ disregard for complaints of domestic violence, inactivity of welfare institutions, early marriages etc.***

How much is the justice?

Mehriban khanum says, the police oftentimes investigate such murders in a “slipshod manner”: “The parents of Sabina Verdiyeva, who was killed by her husband, appealed to us. They fear, the murder case won’t be investigated properly.

Sabina’s father, Mazahir Jabbarov, said that his daughter was killed with particular cruelty, with a blunt object and a knife. Stab wounds were found on the woman’s body.

In the father's words, his daughter was battered by her husband, mother-in-law and father-in-law 5 times over the past year. She was returned to her parental home, but because she was pregnant and had three children, she was sent back to her husband. "The woman was killed on the same day. Regrettably, we couldn't find a lawyer without charge for the murder victim's family. They themselves cannot afford covering attorney's costs, says Zeynalov.

Thus, in addition to that very problem of increased cases of violence, there is another problem – courts are unable to provide free justice to Azerbaijani citizens.

The Criminal Code envisages 17-20 years of imprisonments for committing such crime. In light of recent developments, many people, including MP Elmira Akhundova, suggested reinstating capital punishment, which was abolished in Azerbaijan in 1998.

Statistics

According to the Interior Ministry's information, 422 cases of crime against women, triggered by jealousy or domestic conflicts, were reported in Azerbaijan within 6 months of 2016. 8 women were killed. Other offenses include: infliction of serious or medium bodily injuries, incitement to suicide etc. (...)

Even if there is no escaping prison, at least one can live there as 'a reputable killer'. An old tradition is still maintained in Azerbaijani prisons. For example, the 'Prisoners of honor', who killed their wives for adultery, are particularly respected in jail.

Another reason for aggravated criminal situation in the country is that the community is slipping towards 'traditional thinking', with its strict taboos and double standards. For example, a son killing his mother for dating another man after his father's death, or a father killing his daughter for spending night away from home etc, quite fit into these standards. There are even some media outlets that publish articles on such murderers in a sympathetic tone.

Orhan Sultanov, an expert in law and psychology, believes that the reason for increased crime rate lies in deteriorated economic situation: "We all know about those shocking experiments, when the psychologists tried to find out the conditions under which an average person starts acting against the laws of morality. And the result was always the same – even the wealthy people from the 'full up' society, once put in constrained conditions, start behaving like the beasts.

Whereas for an uneducated person with a low cultural level, a 'man's status', that very 'honor', often becomes a reference point in our community. If he can't establish himself and develop elsewhere, then that's all he has. Therefore, any signs of his wife being unfaithful or even her complaints like 'you don't earn much,' can make him fully lose self-control. The more the unemployment rate increases, the more there will be the 'frustrated' men seeking whom to take it out on, and, consequently, more domestic violence.»

JAM News, What are women in Azerbaijan killed for, 19. Dezember 2016: <https://jam-news.net/what-are-women-in-azerbaijan-killed-for/>.

Netherlands Ministry of Foreign Affairs, 2021:

«Domestic violence against women and girls is widespread and has increased during the coronavirus crisis, according to experts. During the reporting period, various reports appeared of women and girls suffering domestic violence. **According to the SSC [State Statistical Committee], 1,260 cases of domestic violence were recorded in 2020, in which 59 people were killed, including 41 women. According to experts, this is only the tip of the iceberg, because women and girls are generally reluctant to report violence or seek help. In practice, police and local enforcement agencies dealing with domestic violence complaints tend to reconcile victims of domestic violence with the perpetrators under the pretext of protecting the family. In general, domestic violence against women and girls is seen as a private matter. Moreover, many women fear that filing a complaint would result in social stigma, especially if it ended in divorce. As a result, most cases of domestic violence are not reported or investigated.**

Azerbaijan did not sign the Istanbul Convention during the reporting period. However, on 27 November 2020, the president approved the National action plan to combat domestic violence in the Republic of Azerbaijan for 2020-2023. Point 12.5.1 of this action plan was the setting up of a free helpline. **On 1 December 2020, the SCFWCA [State Committee for Family, Women and Children Affairs], in partnership with the United Nations Population Fund (UNFPA), launched a direct phone helpline for victims of domestic violence.**³⁹⁵ **According to a source, this helpline was not always operational during the reporting period. As an alternative, victims of domestic violence are able to phone the general number of the SCFWCA. If victims want to make use of the free legal and psychological assistance provided by the SCFWCA, they can submit a written request. The processing of this request by the SCFWCA takes seven to ten days. In the case of legal assistance, the SCFWCA staff contact the Azerbaijani Bar Association (see 3.3.2.2). The lawyers belonging to this organisation provide free legal advice and help victims, among other things, with preparing documents and writing letters of complaint. However, these lawyers will not represent victims in court, since this is not free. Psychological counselling takes place by telephone. SCFWCA employees speak to victims on the phone and listen to their problems. In general, they refer the victims to the police or the head of the district executive authority during the phone call.**

Victims of sexual and gender-based violence, including domestic violence, can make a report verbally or in writing to the police or the public prosecutor's office. Written reports may be submitted by post, fax or email or by phoning the police call centre on 102. The police must decide within three days whether they will handle the report, pass it on to other authorities or add the report to previously submitted reports.³⁹⁷ **The police have the option of issuing a warning to the perpetrator to refrain from violence in the future, including issuing a short-term protection order of up to 30 days, possibly followed by a subsequent long-term protection order of 30 to 180 days. A short-term protection order prohibits an offender from seeking out the victim and his or her children. A long-term protection order is issued by a court, and may also contain rules about contact with the children and use of the joint home.**³⁹⁸ **In practice, protection orders are relatively rare. In 2020, 38 short-term and 2 longterm protection orders were issued. In the first quarter of 2021, 26 people applied for a protection order. In 14 cases, a protection order was subsequently issued.**³⁹⁹ **According to various sources, these measures are not very effective, because the authorities give them little priority. For example, the authorities sometimes only take a decision on a request for a protection**

order after 15 to 30 days, instead of within the legally prescribed 24 hours. Furthermore, the authorities do not provide enough capacity to conduct effective investigations and to ensure that protection orders are properly complied with.⁴⁰⁰

During the reporting period, there was no government-funded shelter for victims of domestic violence. The SCFWCA does not have enough resources to finance shelters, and therefore largely confines itself to awareness campaigns. However, some local NGOs receive a small subsidy from the government. Women seeking help are often referred to these NGOs. These NGOs have only a small number of reception places and limited financial resources. For example, the NGO Clean World manages a shelter in Baku that can accommodate no more than 20 women at a time.⁴⁰¹ Rural areas also lack sufficient temporary shelters for victims of domestic violence. In addition, these shelters are mostly used for victims of human trafficking. There are also local NGOs and feminist groups that focus on women's rights, but they, too, receive limited assistance. Due to the restrictive legislation on NGOs, these organisations do not have access to foreign funds.» Quelle: Netherlands Ministry of Foreign Affairs: Country of origin information report Azerbaijan, September 2021, S. 53-55: www.ecoi.net/en/file/local/2067321/2021_09_MinBZ_NLMFA_COI_Report_Azerbaijan.pdf.

USDOS, 2021:

« Rape and Domestic Violence: Rape is illegal and conviction carries a maximum sentence of 15 years in prison. Spousal rape is also illegal, but observers stated police did not effectively investigate such claims.

The law establishes a framework for the investigation of domestic violence complaints, defines a process to issue restraining orders, and calls for the establishment of a shelter and rehabilitation center for survivors. Some critics of domestic violence law asserted that a lack of clear implementing guidelines reduced its effectiveness. Activists reported that police continued to view domestic violence as a family issue and did not effectively intervene to protect victims, including in cases where husbands ultimately killed their wives.

The SCFWCA tried to address the problem of domestic violence by conducting public awareness campaigns and working to improve the socioeconomic situation of domestic violence survivors. On November 27, the president approved the National Action Plan to Combat Domestic Violence for 2020-23. The government and an independent NGO each ran a shelter providing assistance and counseling to victims of trafficking and domestic violence. On December 1, the SCFWCA, together with the UN Population Fund, established an emergency hotline for gender-based violence. Callers could use the hotline to access free legal assistance, counseling support, and information concerning gender and domestic violence.» Quelle: USDOS – US Department of State: 2020 Country Reports on Human Rights Practices: Azerbaijan, 30. März 2021: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2048140.html>.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) setzt sich dafür ein, dass die Schweiz das in der Genfer Flüchtlingskonvention festgehaltene Recht auf Schutz vor Verfolgung einhält. Die SFH ist der parteipolitisch und konfessionell unabhängige nationale Dachverband der Flüchtlingshilfe-Organisationen. Ihre Arbeit finanziert sie durch Mandate des Bundes sowie über freiwillige Unterstützungen durch Privatpersonen, Stiftungen, Kantone und Gemeinden.

SFH-Publikationen zu Aserbaidschan und anderen Herkunftsländern von Asylsuchenden finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte.

Der SFH-Newsletter informiert Sie über aktuelle Publikationen. Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter-abonnieren.